

# Blattentempel

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentempel“ erscheint jedes Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Subskriptionspreis: halbjährlich 2.00 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgeld. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle, Verdenstraße 14.

Verlagspreis: 13 Geldstücke à 3. Millimeter Größe. A. Spalte: 70 Geldstücke à 3. Millimeter im Text. Anzeigensatz: zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 1051. Telegramm-Adr.: Klassenkampf. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Vertriebsstelle: Leipzig 100848 Fritz Koch Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 12. Januar 1926

6. Jahrgang Nr. 9

## Massenaufmarsch gegen das Elend

Am 27. Januar nach Arbeitschluß Demonstrationen!

**Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern!**  
Das Jahr 1926 beginnt mit einer Wirtschaftskrise, die an Schärfe nicht nur von der Inflationskrise des Jahres 1923 übertroffen wurde, sondern gibt es mehr als

drei Millionen Arbeitslose, die nur einige Tage in der Woche arbeiten. Immer neue Fabriken werden stillgelegt. Die Arbeiter werden übermüdet auf das Maß der Not geworfen; Angestellte und Beamte werden abgebaut. Alle Menschen sprechen dafür, daß es sich nicht um eine vorübergehende Krise handelt, sondern um eine Dauerkrise mit einer klandinen Arbeitslosigkeit von Millionen, ähnlich wie in England, mit täglich zunehmender Verelendung der werktätigen Massen. Überall liegt gleichgültig

Lohnbrud und verhärtetes Antreiben der Unternehmer ein.

Kleinbauern und große Teile des Mittelstandes haben sich gleichfalls in einer schwierigen Lage. Sinkende Absatzmengen infolge der abnehmenden Kaufkraft der klandinen Massen, steigende Steuerlast, Zinszwang und Ausplünderung durch die Grundbesitzer und Junker fallen auf ihnen.

Es ist die höchste Zeit, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung den Kampf gegen die Wirtschaftsanarchie

erhebt. Der Kampf gegen die Wirtschaftsanarchie, gegen den Zins und Steuerzwang, gegen die Kreditwirtschaft, gegen die Wirtschaftskrisen, gegen die Lohnkürzungen, gegen die Abfertigungen der Arbeiter und gegen die Erhöhung der Mieten aufnimmt.

Dem Bloß der kapitalistischen Ausbeuter muß der Bloß der Werttätigen gegenübergestellt werden.

Ein gemeinsamer Kampf für die Interessen der Werttätigen, das heißt der Kampf gegen die jeweiligen Regierungen in den Ländern und im Reich, die nur die Interessen der Ausbeuter, der Schwerindustriellen, Finanzkapitalisten und der Großgrundbesitzer wahrnehmen. Regierungen und Parlamente lehnen brutal die Forderungen ab, welche der arbeitenden Massen des Volkes zustimmen sollen. Sie haben bis heute nicht nur die Forderungen der Kommunisten, sondern selbst die weitestgehenden Forderungen des ADGB und der SPD, des Reichstages und der Reichsregierungen, sondern selbst die Forderungen der kapitalistischen Wirtschaftsführer drohen offen mit der Auflösung der Diktatur.

Die Arbeiterklasse gibt es jetzt nur die Möglichkeit: Geschlossener Aufmarsch gegen das Elend.

Die Arbeiter müssen aufmarschieren. Die Arbeitenden müssen sich mit den Arbeitlosen vereinigen; Beamte und Angestellte müssen mit den Arbeitenden gemeinsame Sache machen. Die Industriearbeiter müssen Hand in Hand mit den Kleinbauern gehen, müssen ein Bündnis mit den Kleinbauern schließen. Die durch Inflation und Aufwertungsdruck betroffenen werttätigen Massen gehören in dieselbe Front.

Die arbeitenden Massen müssen ihre Kraft, ihren Willen zum Kampf, ihren Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung und Anarchie in gemäßigten Demonstrationen zum Ausdruck bringen. Die Demonstrationen müssen der Auftakt für die Schaffung einer einheitlichen Kampffront, für die Stärkung der Gewerkschaften und die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse sein.

Die Arbeiter müssen in zahlreichen Städten und Dörfern wichtige Kundgebungen halten. Sie müssen fortgesetzt werden, sie müssen über das ganze Reich zu einheitlichen Demonstrationen zusammengelöst werden. Die kommunistische Partei fordert darum alle Werttätigen, Arbeiterorganisationen auf,

am 27. Januar nach Betriebschluß in allen Städten des Reiches große Demonstrationen zu organisieren, die Arbeiterkampffront gegen das Kapital bilden zu helfen und die Aktivität der Massen gegen Hunger und Not zusammenzufassen.

**Wofür müssen wir demonstrieren?**

Die Arbeiter müssen Arbeit und Brot zu verschaffen, eine Beseitigung der jeweiligen Erwerbslosenunterstützung, die Beseitigung dieser Unterstützung für alle Arbeitlosen, die Einsetzung einer Unterstützung für Auszubehende, die sofortige Inangriffnahme von großartigen, gemeinnützigen Arbeitsprojekten und eine generelle Lohnerhöhung zu erwirken.

Die gemeinsame Front der Arbeitenden und Arbeitlosen ist die Voraussetzung eines maximalen Arbeitstages von

acht Stunden, für die Siebenhundendsicht im Bergbau, für den Sechshundentag für Jugendliche unter 18 Jahren zu schaffen.

Durch die entschuldigungslose Enteignung der Fürstenthümer, durch stärkere Bekämpfung der Besitzenden müssen Mittel aufgebracht werden; eine Erhöhung der Mieten darf nicht stattfinden.

Die Betriebskrisen müssen verhindert werden. Durch die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken einerseits, durch die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und die Kontrolle der Wirtschaft durch Gewerkschaften und Betriebsräte andererseits muß der kapitalistischen Anarchie entgegengetreten werden.

Dieser Regierung und ihren wirtschaftlichen Helfern, die die Wirtschaftskrisen fördern und das Elend der arbeitenden Massen ins Unvergleichliche steigern, muß mit dem härtesten Kampf der arbeitenden Massen genantsetzt werden.

**Der Reichstag muß aufgelöst werden.**

An die Stelle dieser Regierung, diesem Werkzeug der Banken, der Großindustriellen und der Junker, an die Stelle einer Regierung der bürgerlichen Parteien oder einer Koalitionsregierung der Parteien der Bankiers und Industriellen und der Sozialdemokratischen Partei muß durch den Kampf der Massen

**die Arbeiter- und Bauernregierung** errichtet werden.

Die mächtigen Demonstrationen müssen die arbeitenden Massen aufmarschieren, sie müssen aufmarschieren für sofortige Verringerung der ersten Lot, sie müssen aufmarschieren, um den Kampf für die Beseitigung dieses Systems zu organisieren.

Einseitig aber müssen die deutschen Gewerkschaften ihre Kraft für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen einbringen.

**Keine Regierung kann gegen den Willen der deutschen Gewerkschaften bestehen.**

Keine Regierung kann sich halten gegen eine einheitliche Aktion von ADGB, SPD, und Gewerkschaften. Die gesamte Arbeiterklasse würde dem gemeinsamen Aufbruch dieser Organisationen zum Kampfe geschlossen wie eine Masse folgen.

Die weiteren Ausplünderungen der Massen werden nur möglich mit aktiver Unterstützung oder passiver Duldung der Regierung durch SPD, ADGB, und Gewerkschaften.

Am 27. Januar Kampf auf breiterer Grundlage zu organisieren, müssen die Arbeitenden verlangen, daß der ADGB einen

**aufgerodertlichen Kongreß der Gewerkschaften** unter Teilnahme von Betriebsräten der wichtigsten Großbetriebe zusammenberuft.

Die Aufgabe des Kongresses muß es sein, die Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse zu beschließen, die einheitliche Kampffront des Proletariats, für die Kampfaufnahme herzustellen, der Anarchie der kapitalistischen Parteien das Ziel der sozialistischen Produktionsweise und den geschlossenen Kampf und Aufschwung des gesamten deutschen Proletariats gegenüberzustellen.

In diese Aktion müssen auch die Beamten- und Angestelltenverbände mit einbezogen werden.

Die wichtigsten, streng digitalisierten

**Demonstrationen am 27. Januar,** dem Sammeltag der monarchistischen Reaktion, dem Geburtsstag des Hauptes der fürstlichen Erpreßverbände, müssen ein Auftakt für diesen Kampf werden.

**Her mit Arbeit und Brot!  
Nieder mit der kapitalistischen Anarchie!  
Her mit der entschuldigungslosen Enteignung der Fürstenthümer!**

**Her mit ausreichender Unterstützung für die Erwerbslosen und alle Kollisionsenden!  
Es lebe der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!  
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!  
Her mit der Verstaatlichung der Großindustrie und Banken und der planmäßigen Regelung der Wirtschaft unter Kontrolle der Werttätigen!**

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands, Section der 3. Internationale.

**Wirtschaftselend und Reichstagsöffnung**

Seit er tritt der Reichstag nach einer längeren Pause wieder zusammen. Nach der wichtigen Reichstags- und Reichstags-Abendklausur liegt im Mittelpunkt der zu erörternden politischen Auseinandersetzungen das durch die Arbeitslosigkeit verursachte wirtschaftliche Elend und die Reichstagsöffnung.

Reichstag gehen haben wir die kommunistische Partei, die die Wirtschaftskrisen in den Weltwirtschaftskrisen, die den Massen zur Sammlung von Millionen stellen werden muß, verurteilt. Die Reichstagsöffnung bringt in einer tiefen dringenden Wirtschaftskrisen weitere Momente zur Bildung der proletarischen Klassenfront, um die unüberwindliche Krise der Wirtschaft zu überwinden und die parlamentarischen Kräfte der SPD zu zerlegen.

W. K. Die aufblühende Sozialdemokratie, durch amerikanische Gelder jetzt nach den Forderungen die Betriebe wieder lebendig zu machen, vertritt schon wieder. Aber auch auf Grund amerikanischer Nachrichten über den Aufstieg deutscher Aktien durch amerikanisches Kapital ständige Spekulationen gelangen — zwar gingen einige Aktienkurse sprunghaft in die Höhe — aber schon der nächste Bericht der Bundesbankdirektoren meldete trotzdem weiteres Steigen der Aktienarbeitslosigkeit. Allein in Berlin stieg die Arbeitslosigkeit erneut um 10 000 auf über 170 000.

Die jetzige Wirtschaftskrise hat viel zu verstehende Gründe, als daß sie durch einen spekulativen Aktienaufschwung der Amerikaner überwunden werden könnte. Die neuesten Meldungen lassen denn auch schon mit aller Deutlichkeit, daß das amerikanische Bankhaus gar nicht an eine dauernde Kapitalanlage gedacht hat, sondern nur an den Ausgewinn, der sich bei dem bisherigen Rekordstand der deutschen Aktien in einzelnen Fällen machen ließ.

Die Industrie zeigt weiter rückwärtige Tendenzen. — Die Metallindustrie teilt mit, daß am 1. Januar nur noch 60 Prozent der produzierenden Betrieben wieder eine Anzahl stillgelegt wurden, so daß von 224 Betrieben nur noch 71 arbeiten. Die Schmelz- und Eisenindustrie hat ihre Produktion, die im Dezember noch auf 65 Prozent stand, im Januar auf 50 Prozent herabgesetzt. Auch chemische Großbetriebe wie die Badische Anilin- und Sodafabrik produzieren nur noch mit 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Die Tannölen, das Bestellungen auf Stahl- und Walzwerksleistungen und Groß-Gasmaschinen rückgängig gemacht wurden, daß die Reichsbahn an Lokomotiven und Waggons noch weniger besitzen wird, als im Vorjahr, haben zu einer Stilllegung großer Walzwerke beigetragen. Auch die Metallbetriebe, die vorläufig noch arbeiten berichten über wütende Ausbeuten von Gütern, was zu bedeuten hat, daß in den nächsten Monaten zur Weiterverarbeitung nichts mehr vorhanden ist.

Der alte reinlich-wirtschaftliche Kapitalismus-Kommerzialismus mußte in einem Vortrag im Reichstagsparlament zu Leipzig erklären, daß trotz großer Aktivität und reichlicher Lebenslagen die deutsche Eisenindustrie immer weniger mit den französischen Unternehmen konkurrieren könne. Die enge Verbindung mit der französisch-industriellen Industrie werde immer mehr zur Lebensnotwendigkeit. Dabei gehen die Verhandlungen über dieses Abhängigkeitsverhältnis der deutschen Industrie zur französischen seinen Schritt voran. Für die Autoindustrie stellte K. eine Rückhängigkeit fest, die vielleicht in Jahrzehnten nicht aufgehoben sei.

Kommt man hinzu, daß nach dem Eisenländnis des Ministerialdirektors Dr. Schölerer, dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für die Eisenindustrie in Deutschland fast sechs Milliarden Vorkriegsstände noch mit sich schleppen, so wird verständlich, daß aus einzelnen Industrien immer lauter der Ruf nach einer neueren Eisenindustrie kommt. Ganz offen wird gefordert, daß die vielen Tausend überzähligen Betriebe nicht nur rückwärts zurückgelegt und abgebaut sind, sondern gegebenenfalls sofort abgebrochen werden sollen, wie das mit der Grube „Alte Baale“ schon versucht wurde. Dieser Versuch wird lautenhaft wiederholt und rückwärts ist wie dort in den nächsten Monaten durchgeführt werden. Schon ist die Zahl der Konten erneut hinaufgeschwollen, während sie im November 1925 betrug, hat sie im Dezember 1925 erreicht, während die Zahl der Geschäftsaufführungen von 367 auf auf 1228 stieg! Und diese Sprünge in dem besten, gewinnreichsten Monat des Jahres — dem Monat des Weihnachtsgeschäftes.

Die Gründe der Wirtschaftskrisen sind in nach jedem einzigen Schritte überwinden. Für den durch Kriegswirtschaft und Inflationskonterzeptionen erweiterten deutschen Produktionsapparat sind nirgends neue Möglichkeiten geschaffen. Die Industriellen waren in in zahlreichen Ländern, die früher Absatzgebiete waren, jetzt so fortgeschritten, daß diese Länder nicht nur Selbstversorger, sondern sogar schon Konkurrenten sind. Dabei ist die deutsche Industrie rein betriebsmäßig noch in unerhört hoher Weise hinter der amerikanischen zurückgeblieben, die bei 7 bis 8 Stunden Arbeitstag deutsche Löhne zahlt und doch überall noch billiger liefert, wie die deutschen Unternehmer. Bei Verlusten mit Ford-Methoden und Taylor-System wieder voranzutreten, fallen die deutschen Unternehmer immer und immer wieder herein. Die unerhörte Leistung











# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin, Planufer 17.

Januar 1926

Verantwortlicher Redakteur: Paul Meißner, Berlin, Rotenburger Straße 20.

## Berufs- oder Industrieverband?

Verschärfte Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaftsführern. — Die Stellung der Kommunisten.

A. E. Die erbärmliche Lösung, die der Breslauer Gewerkschaftskongress in der alten Streitfrage Berufs- oder Industrieverband getroffen hat, zeitigt, wie nicht anders zu erwarten war, eine Verschärfung der Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaften, schafft einen organisatorischen Wirrwarr zum Schaden der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es stellt sich immer klarer heraus, daß der Berufsverband in seiner bisherigen Form nicht mehr ausreicht, um auch nur die einfachsten praktischen Aufgaben zu erfüllen, und die von der Kongressmehrheit in ihrem Beschluß zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß man die ganze Frage der Entwicklung überlassen könnte und mit einer vorläufigen Entscheidung um eine klare Stellungnahme herumkomme, wird durch die Praxis widerlegt.

Bekanntlich haben auf dem Gewerkschaftskongress die Vertreter sämtlicher Verbände, mit Ausnahme des Metallarbeiterverbandes und des einen kommunistischen Delegierten vom Tapezierer- und Portefeuilerverband, für den Kompromißantrag des ADGB-Vorstandes gestimmt. Sofort nach dem Kongress wurde jedoch die Debatte in den Gewerkschaftsblättern über die Streitfrage fortgesetzt. Aber noch verbissener wird der Kampf der einzelnen Gewerkschaften gegeneinander durch Rundschreiben und organisatorische Anweisungen, in denen die Funktionäre und Mitglieder der einzelnen Verbände aufgefordert werden, dem anderen Verband die Mitglieder abzugeben bzw. ihm bei Neuaufnahmen freitragend zu machen.

Der Metallarbeiterverband, dessen Führer auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress keinen entschlossenen Kampf für ihre Auffassung geführt haben, versucht jetzt die Schaffung eines einheitlichen Industrieverbandes für die gesamte Metallindustrie von untenher zu erzwingen. In der Oktoberbesitzung des Erweiterten Beirates des DMV wurde beschlossen, alle Kräfte aufzubieten, um aus eigener Kraft in der Metallindustrie den Industrieverband zu schaffen, nach dem Prinzip, alle in der Metallindustrie beschäftigten Personen ohne Unterschied des Berufes im Metallarbeiterverband zu organisieren. Dikmann hat in den verschiedensten Bezirken über den Gewerkschaftskongress berichtet und dabei das Hauptgewicht auf die Frage des Industrieverbandes gelegt. Seine bzw. die Stellung der DMV-Leitung kommt am klarsten zum Ausdruck in folgender, von Dikmann vorgelegten und von der Mitgliederversammlung des DMV-Chemnitz angenommenen Resolution:

„Die am 26. Oktober 1925 tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Chemnitz begrüßt die feste Haltung der Metallarbeiter-Delegierten auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress bei der Abstimmung über die Industrieverbände. Sie hält die ablehnende Haltung der Mehrheit des Kongresses in dieser Frage als schädlich für die Gesamtgewerkschaftsbewegung. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verlangt gebieterisch eine baldige einheitliche Schaffung der Industrieverbände. Die Arbeiterschaft kann nicht zugeben, daß die Lösung dieser Frage wiederum drei Jahre vertagt wird. Nachdem die Spitzenorganisation,

der ADGB, versagt hat, muß von untenher durch die Waffe der Mitglieder den Industrieverbänden der Weg gebahnt werden. Ein wirksames Mittel ist die Agitation und Propaganda in den Betrieben und so auch unter den Kollegen, die noch kleine Minderheiten anderer Berufsverbände darstellen, um die Kollegen dieser Verbände für den Industrieverband zu gewinnen.“

Diese Stellungnahme des DMV, die wir Kommunisten unterstützen, steht aber nicht ganz im Einklang mit dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses. Hinzu kommt noch, daß, wenn die Berichte der anderen Organisationen richtig sind, der Metallarbeiterverband bei seiner Werbekampagne auf Kosten anderer Verbände nicht in dem Rahmen seines Programmes bleibt, sondern darüber hinaus versucht, Metallarbeiter, die in den Betrieben anderer Industriegruppen, wie Holzindustrie, Eisenbahn usw. beschäftigt sind, in den DMV herüberzuziehen. Das ist entschieden zu verurteilen und zu bekämpfen.

Das Vorgehen des DMV wird von einer Reihe anderer freigewerkschaftlicher Organisationen und ganz besonders vom Deutschen Holzarbeiterverband, dessen Zeitung die verbissenste Verfechterin des Berufsverbandes ist, aufs schärfste bekämpft. So hat beispielsweise der Gau Stuttgart des Holzarbeiterverbandes (Gaulenitor Götzfried und Fischer) unter dem 2. Dezember ein Rundschreiben an sämtliche Funktionäre geschickt, in dem nicht nur das Vorgehen des DMV bekämpft und als schädlich bezeichnet wird, sondern in dem die „praktische Gewerkschaftsarbeit“ des DVB gerühmt und die Tätigkeit des DMV als Phrasologie verächtlich gemacht wird. Es heißt es in dem DVB-Rundschreiben u. a.:

„Wir warnen deshalb unsere Kollegen, Verwaltungen und besonders Vertrauensleute zur größten Wachsamkeit gegenüber den Agitationsmethoden der Metallarbeiter... Nicht durch zynische Einseitigkeit der Mitglieder von Berufsverbänden in Organisationen, zu denen sie nur geringes Vertrauen haben (!!), wird die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften erhöht, sondern durch zielklare, praktische Gewerkschaftsarbeit muß die indifferente Masse der Gewerkschaften zugeführt werden. Dann wird die Form der Organisation eine nebensächliche Rolle spielen. Wenn der Vorstand des DMV von seiner seitherigen Phrasologie (gemeint ist Dikmann, D. Verf.) zur praktischen Gewerkschaftsarbeit geht, findet er ein sehr großes Betätigungsfeld. Auf dem Gebiete der Organisierung und Aufklärung indifferenter Massen hat der DMV mehr zu tun als alle anderen Organisationen. Es wäre der gesamten Gewerkschaftsbewegung viel dienlicher, wenn der DMV hier Ordnung schaffen wollte, statt bei den Mitgliedern anderer Organisationen untüchtige Agitation zu betreiben.“

Wie sich derartige, von den obersten Spitzen der Organisationen herausgegebene Anweisungen in der Praxis auswirken, kann sich jeder leicht vorstellen. Die hier aufgezählten Differenzen zwischen dem DVB und dem DMV sind selbstverständlich keine Einzelercheinungen, sondern sind heute in allen Bezirken auf allen Gebieten und zwischen allen Verbänden

innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung gang und gäbe. So streiten sich der Baugewerksbund und der Fabrikarbeiterverband um die Ziegeleiarbeiter, Töpfer und Glaser, der Fabrikarbeiterverband und die verschiedenen Nahrungsmittelarbeiterverbände um die Arbeiter in den Brennereien, Margarinefabriken usw., die Nahrungsmittelarbeiterverbände (Verband der Fleischer, Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband, Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband, Zentralverband der Restaurant-, Hotel- und Café-Angestellten) untereinander. Große Grenzstreitigkeiten werden ausgetragen zwischen den Organisationen der Transportarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Feizer und Maschinisten, der Eisenhauer und der Metallarbeiter. Man sieht ein tolles Lohnwabohln als Folge des vollständigen Versagens des Gewerkschaftskongr.

### Die Stellung der Kommunisten.

Daß die Kommunisten von jeher die konsequentesten Vertreter des Prinzips der Industrieverbände (ein Betrieb — ein Verband) waren, ist bekannt und wird auch von niemand angezweifelt. An dieser Tatsache wird auch nichts geändert dadurch, daß sich leider einzelne Kommunisten in den verschiedenen Berufsverbänden von den Bürokraten für die Aufrechterhaltung des Berufsverbandes einfangen ließen, was aber stets von der gesamten kommunistischen Richtung bekämpft wurde. Die Frage, vor der unsere Genossen in den Gewerkschaften jetzt stehen, ist aber weniger eine prinzipielle als eine rein praktische. Und es ist notwendig, daß sämtliche Kommunisten, ganz gleich welchem Verband sie angehören, einheitlich auftreten.

Das letzte Vorgehen des DMB, wie es in der Chemnitzer Resolution zum Ausdruck kommt, liegt zwar auf dem Wege in der Richtung zum Industrieverband, aber die Frage, so rein organisatorisch gestellt, kann nicht zum vollen Erfolg führen, sondern muß in den Betrieben zu großen Unzulänglichkeiten führen, wenn nicht gleichzeitig alle Kräfte mobilisiert werden. Wir haben schon vor dem Breslauer Gewerkschaftskongress den Standpunkt vertreten, daß die Frage Berufs- oder Industrieverband zur Entscheidung der Gesamtmittelklasse der freien Gewerkschaften gestellt werden muß. Eine sehr wichtige, ja die entscheidende Rolle müssen dabei die Betriebsräte spielen, sie müssen zu den Kapiteleuren und Trägern der Industrieverbände werden. Ihre Mobilisation zu diesem Zweck ist um so leichter, als sie schon vom ADB in 15 Industriegruppen eingeteilt sind.

Doch die Schaffung der Industrieverbände ist auch eine Frage, die nicht rein organisatorisch ist, sondern in engstem Zusammenhang mit den aktuellen Kämpfen des Proletariats gestellt werden muß.

Den Industrietrainingsbildungen des Kapitals muß die Industrieorganisation der Arbeiterklasse gegenübergestellt werden.

So die Frage gestellt und in der Masse zur Propaganda-losung gemacht, wird jeder Arbeiter, zumal derjenige, der jetzt durch Lohnabbau, Betriebsstilllegung und Arbeitslosigkeit die Wucht des industrieweise konzentrierten Kapitals zu spüren bekommt, schnell begreifen, warum Industrieverbände geschaffen werden müssen.

Will der DMB wirklich den Industrieverband, dann muß er diesen hier vorgezeichneten Weg beschreiten, denn es wäre falsch, zu glauben, daß der Industrieverband durch mehr oder minder geschickte Schliche und örtlich oder betrieblich begrenzte organisatorische Maßnahmen entstehen könnte. Er muß sich mit einem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft wenden und einen wirklichen breiten Kampf in der Masse für den Industrieverband organisieren. Weiter wäre notwendig, schnellstens in der gesamten Metallindustrie Betriebsrätekonferenzen einzuberufen, auf denen sämtlich in dieser Industrie tätigen Betriebsräte, ohne Unterschied der freigewerkschaftlichen Verbandszugehörigkeit, vertreten sein müssen. Auch in den Ortsausschüssen muß die Frage in den Vordergrund gestellt werden. Das ist der wirklich erfolgreiche Weg. Der DMB hat von alledem noch nichts gemacht. Trotzdem werden die Kommunisten sein Vorgehen als einen Schritt nach vorwärts überall unterstützen, denn es kann wirklich nicht angehen, daß die bringende Lösung in der Organisationsfrage einfach auf 3 Jahre bis zum nächsten ADB-Kongress verjagt bleibt.

(Schluß folgt.)

## Wirtschaftskrise und Lohnpolitik.

Von Karl Lederer.

I.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat, wie jede kapitalistische Wirtschaftskrise, eine Verschärfung des Druckes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge. Die Schlichtungsinstanzen tragen in immer härterem Maße nur den Wünschen des Unternehmertums Rechnung. Die Führung des ADB jammert nur über diese „Ungerechtigkeiten“, sie tut aber nichts im Sinne einer Einziehung der ganzen Macht der Gewerkschaften, um in den Zeiten der Wirtschaftskrise die Vorstöße der Kapitalisten auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen abzuwehren. Statt dessen ergötzt sie ihr passives Gejammer über die „Ungerechtigkeit der Schlichtungsinstanzen“ durch gute Ratschläge an die Unternehmer.

### Was Professor Lederer sagt.

Die Ratschläge, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer (übrigens Arm in Arm mit den christlichen und kirchlich-dunderschen Führern) dem Unternehmertum geben, lauten darin, daß es im Interesse der Unternehmer selbst liege, die Löhne und Gehälter der breiten Massen zu erhöhen, denn dadurch werde der innere Markt gestärkt, das heißt, die Kapitalisten hätten größeren Absatz und die Wirtschaftskrise sei damit überwunden. Unter der Überschrift „Krise und Lohnpolitik“ brachte der „Vorwärts“ vom 4. Dezember auch einen Artikel von dem bekannten sozialdemokratischen Professor Lederer, einem der Theoretiker des ADB. Lederer stellt zunächst einleitend fest, daß es zwar schon immer für die kapitalistische Wirtschaftskrise charakteristisch war, die einzelnen Industrien neben der Verbesserung der Organisation der Produktion durch Herabdrückung der Lohnkosten wieder absatzfähig zu machen. Diese Maßnahmen des Unternehmertums wären aber auch, vom Standpunkt der Kapitalisten, eigentlich große Dummdheiten. „Man muß beinahe sagen, daß die Liquidation der Krise nur dann gelingen kann, wenn die Unternehmer als Schlichter in ihren Bemühungen um die Verbesserung des Produktionsaufbaues Erfolg haben, wenn aber auf der anderen Seite ihre Absicht, die Löhne herabzusetzen, fehlschlägt, denn nur dann können sie ja für die erweiterte Produktion, die in der Rationalisierung liegt, Absatz finden.“

Lederer prebigt also den Kapitalisten vom Standpunkt der „Gesamtheit der Volkswirtschaft“, daß ein Herabdrücken der Löhne und ein Sträuben gegen die Erhöhung der Löhne falsch, dumm und für den Profit schädlich sei. Um nun seinen Appell an die Vernunft der Kapitalisten kräftiger zu unterstreichen, vergleicht Lederer die Zustände der europäischen Wirtschaft mit denen in Amerika. Nach der Schilderung der greulichen Unvernunft der europäischen Kapitalisten sagt Lederer: „In der amerikanischen Industrie scheint in höherem Maße als in Europa sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß jeder Versuch zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie verhängnisvoll scheitern muß, wenn nicht die Ausnahmeleistung des Marktes gleichzeitig wächst, das heißt also, die Löhne und Gehälter steigen.“ ... „Trotz der völligen Ohnmacht der Sozialdemokratischen Partei (in Amerika) und trotzdem die kapitalistischen Unternehmer und ihre Verbände stets auch politisch das Best in der Hand hatten, hat sich doch verhältnismäßig früh eine breite Masse amerikanischer Arbeiterschaft mit gehobenen Lebensbedingungen gebildet.“ Und im Jargon eines amerikanischen Kapitalisten fügt Lederer hinzu: „Dem entspricht auch die amerikanische Auffassung, wonach bei den großen Naturschätzen der Union und dem weiten, unbegrenzten Raum, die Möglichkeit günstigeren Verdienstes für jedermann gegeben sein müsse. Auf diesem Boden haben sich die Interessen solidarisiert (lies: Arbeitsgemeinschaft) zwischen der Produktion (lies: Kapitalisten) und der Arbeiterschaft (lies: Gewerkschaftsführer und Arbeiteraristokratie) entwickelt können.“

Bei diesen Ausführungen Lederers tritt klar in Erscheinung, daß er gar nicht die gesamte Arbeiterklasse bei diesen Ratschlägen gegen eine Herabdrückung der Löhne im Auge hat, sondern nur einen Teil derselben, einen Teil mit „gehobenen Lebensbedingungen“, und dieser Teil der Arbeiterschaft sei derjenige, dessen Kaufkraft man erhalten und erweitern müsse.

Lederer schließt seine Betrachtungen: „Eine richtige Auffassung über die Bedeutung des Lohnes und dieser Entwicklung für die Volkswirtschaft würde den gewerkschaftlichen Kampf in eine reinere Atmosphäre führen und viel überflüssige



wirtschaftliche Verluste in dieser notwendigen Auseinandersetzung ersparen."

Was bereits Rosa Luxemburg hierzu sagte.

Das, was der Professor Lederer hier am Ende des Jahres 1925 als eine neue Theorie entwickelt, ist durchaus nichts Neues. Vor etwa 25 Jahren hat bereits der Professor Sombart dieselben Ideen in die deutsche Arbeiterbewegung hineinzutragen versucht. Nur konnte dieser damals noch nicht auf die Idee kommen, das hochkapitalistische Amerika den deutschen Arbeitern zur Verkräftigung seiner Theorie als ein Paradies zu schildern. Als bestes Mittel, um die Krise zu überwinden, predigte damals Sombart der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum, daß es nur auf eine "richtige Betrachtungsweise in der Verteilung des National Einkommens" ankomme, und daß es möglich sei, die Löhne der Arbeiterschaft zur Steigerung ihrer Kaufkraft zu erhöhen, ohne daß dabei der Profit der Unternehmer eine Verringerung zu erfahren brauche. Sombart redet — ebenso wie Lederer — den „genialen Unternehmern“ zu, einfach die Produktion zu erweitern, bzw. die Technik des Betriebes zu verbessern, statt sich gegen eine Erhöhung der Löhne allzusehr zu sträuben.

Die Genossin Rosa Luxemburg hat in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1899/1900, Nr. 51/52, in einem längeren Aufsatz diese „Theorien“ des Herrn Professor Sombart vernichtend kritisiert. Sie schrieb u. a.:

„Das Dauermittel jedoch, das Radikalmittel gegen Krisen darf ein deutscher Professor, will er die beständigen Traditionen der deutschen Nationalökonomie nicht mit Füßen treten, beileibe nicht mit dem wissenschaftlichen Forscher in den Produktionsverhältnissen, sondern mit dem Krämer in den Verteilungsverhältnissen suchen. . . . Auch auf die Dauer wirkt die Steigerung des Anteils der Arbeiterklasse am Produktions-ertrag, wie sie die Gewerkschaften erstreben, Krisen mildernd, denn sie hebt den Wohlstand der Massen, weitet deren Konsumfähigkeit aus, festigt also den Absatz in den am letzten Ende doch ausschlaggebenden Reihen der großen Menge und damit den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion.“

Daß dem einzelnen Unternehmer, dessen Gesichtspunkt die Vulgärökonomie stets treu widerspiegelt, die „Wohlhabigkeit“ der Arbeitermasse, wie der Herr Professor sagt, als ein Mittel gegen die Absatzstörung in seinem Warendepot erscheinen mag, darüber besteht kein Zweifel. Aber für alle Unternehmer zusammen, für die Klasse läuft das pflügende Mittel darauf hinaus, daß sie aus eigener Tasche die Kaufkraft der Masse der Konsumenten vergrößern sollen, um ihnen dann mehr Waren verkaufen zu können. Wäre es nicht einfacher, direkt den Unternehmern auseinanderzusetzen, sie sollten durch periodische Verschwendung des überflüssigen Warenvorrats an die Gewerkschaftler „den ungehörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion“ sichern? Wir glauben nur, daß unsere „königlichen Kaufleute“ und „genialen Unternehmer“, genial wie sie sind, ihm kurz erwidern werden: Herr Professor, Sie haben vergessen, daß die Vulgärökonomie zur Ausführung der Arbeiter und nicht zur Ausführung der Kapitalisten erfunden wurde.“

Das, was die Gen. Luxemburg hier über die „Theorien“ des Professor Sombart sagt, trifft Wort für Wort auf das zu, was der sozialdemokratische Professor Lederer im „Vorwärts“ uns gesagt hat.

## II.

### Das „Paradies“ Amerika.

Wir haben gesehen, daß Lederer seine ganze Beweisführung auf die Schilderung der Zustände in Amerika zu stützen versucht. Diese Verherrlichung der Zustände in Amerika ist aber heute eine Sache, die nicht nur der Professor Lederer bereibt, sondern fast alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, und wenn nicht alles täuscht, so steht uns jetzt, nach der Rückkehr der amerikanischen Gewerkschaftsdelegation des ADGB, eine große Kampagne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Sinne der Ausführungen von Lederer bevor.

Sehen wir hier davon ab, näher auf die Tatsache einzugehen, daß Lederer, wie überhaupt die sozialdemokratischen Führer, den deutschen Arbeitern geslistentlich verschweigen, daß die relativ hohen Löhne, die in Amerika gezahlt werden, nur von den qualifizierten Facharbeitern erreicht werden, daß die große Masse der ungelerten Arbeiter dieselben Hungerslöhne wie in Europa bekommt, daß die Preise für Lebenshaltung in Amerika höher sind, daß das amerikanische Kapital bisher mit Erfolg jede staatliche Sozialpolitik (Krankenunterstützung, Erwerbslosenfürsorge usw.), verhindert hat, daß in den amerika-

nischen Gewerkschaften nur die Facharbeiter organisiert sind, und daß die Führer ihrer politischen Einstellung nach ungefähr auf einer Stufe stehen mit den gelben Wertvereinen in Deutschland. Untersuchen wir etwas näher den sachlichen Inhalt der Amerikaschwärmerei der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer: Lederer hat diesen sachlichen Inhalt deutlich dadurch ausgesprochen, daß er ganz offen die Schaffung einer Arbeiteraristokratie, einer Arbeiterschicht mit „gehobener Lebenshaltung“ von den deutschen Unternehmern unter Hinweis auf Amerika fordert. Die entscheidenden Fragen, die wir hierbei aufzuwerfen haben, sind folgende: 1. Inwieweit ist das überhaupt möglich, und 2. Welche Konsequenzen hat das für die deutsche Arbeiterbewegung, speziell für die Gewerkschaftsbewegung?

Zur ersten Frage folgendes: Lederer stellt die Sache so dar, als sei die Schaffung einer Arbeiteraristokratie mit höheren Löhnen in Amerika das Resultat einer besonderen Vernunft der amerikanischen Kapitalisten, welche auf diese Weise ganz bewusst auf Lohnkämpfe verzichtet hätten, und statt dessen eben nach seinem Rezept Lohnpolitik gemacht haben. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Die höheren Spitzenlöhne eines Teiles von Facharbeitern in Amerika sind nicht das Resultat irgendeiner besonderen Vernunft der amerikanischen Kapitalisten. Die Dinge liegen vielmehr so, daß infolge der schnellen Entwicklung der amerikanischen Industrie das Bedürfnis nach Facharbeitern zeitweilig in einem solchen Mißverhältnis zum Angebot von Arbeitskräften stand, daß die Facharbeiter mit Erfolge höhere Löhne erzielen konnten, und auf dieser Grundlage entwickelten sich die zumutbareren Gewerkschaften in Amerika, welche ihre wesentlichste Aufgabe in der Sicherung dieser hohen Spitzenlöhne sahen und verächtlich auf die schlechter bezahlten Arbeiter hinabsahen.

Die amerikanischen Kapitalisten haben sich mit dieser Entwicklung abgefunden, weil sie erkens sahen, daß diese Arbeiteraristokratie eine vorzügliche Waffe war gegen das Justardebewegen einer politischen wie gewerkschaftlichen Klassenbewegung des Proletariats und weil sie zweitens durch monopolistischen Zusammenschluß in den wichtigsten Industriezweigen in der Lage waren, die Preise zu diktieren und dadurch aus den breiten Massen wieder herauszuholen konnten, was sie einem Teil der Arbeiter an höheren Löhnen sahen. Das war wiederum in diesem Maße nur möglich im Zusammenhang mit den größeren Absatzmöglichkeiten der amerikanischen Industrie.

In Deutschland und in Europa ist eine ganz andere Situation. Die kapitalistische Wirtschaft steht hier nicht vor der sprunghaften Entwicklung, welche die amerikanische Industrie in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Die europäische kapitalistische Industrie steht im Gegenteil vor der Notwendigkeit eines Abbaues des Produktionsapparates, um ihn mit den Absatzmöglichkeiten in Uebereinstimmung zu bringen. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die deutsche und die europäische Industrie eine Entwicklung durchmachen, in welcher sie zeitweilig in ernste Schwierigkeiten bei einem Bedürfnis nach Facharbeitern kommen werden, um so weniger, als auf Grund der anders gearteten Entwicklung des europäischen Kapitalismus ein viel größerer Stamm, ein viel größeres Angebot von Facharbeitern vorhanden ist.

Hieraus ergibt sich, daß die Spekulation der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf die Übertragung amerikanischer Zustände bankrott machen muß.

Aber damit haben diese „Theorien“ und diese Kaitation der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht an Gefährlichkeit für die Arbeiterbewegung, und besonders für die Gewerkschaftsbewegung, verloren; laufen sie doch darauf hinaus, daß, wie der Fall Lederer zeigt (und wir könnten noch andere Größen der sozialdemokratischen Führerschaft anführen), der Boden des proletarischen Klassenkampfes verlassen und eine wirtschaftsfriedliche Ideologie in der deutschen Arbeiterschaft geschaffen werden soll. Es ist doch kein Zufall, sondern nur eine Ergänzung zu den Märchenerzählungen über Amerika, wenn allseitig in der Presse des ADGB, die Diskussion über die Schaffung eines wirtschaftsfriedlichen Programms unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ immer größeren Umfang annimmt. Bedeutet man weiter, daß diese Märchenerzählungen über Amerika weiter den politischen Zweck haben, die deutsche Arbeiterklasse von ihrer wachsenden Sympathie mit Sowjetrußland abzulenken, ja, zum Kampf gegen Sowjetrußland zu gewinnen, daß die Lobgesänge auf die amerikanischen Gewerkschaften weiter den Zweck haben, die Befreiungen der englischen Gewerkschaftler zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftsähnlichkeit mit der Roten Gewerkschaftsinternationale zu zerstören, dann sieht man ganz klar, daß diese bürgerlichen „Theorien“ des Professor Lederer eine sehr ernste Bedeutung haben.

## Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften.

In den Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftskongresses heißt es:

Der Kongress erklärt, daß die Führung der deutschen Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaftlichen Organisationen liegen muß. Der ADGB ist das Gemeinschaftsorgan der deutschen Gewerkschaften, dem die einheitliche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft obliegt. ...

Der Kongress stellt also ausdrücklich fest, daß die Gewerkschaften nicht nur die Interessenvertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausüben haben, sondern daß die Aufgaben der Gewerkschaften darin bestehen, die „Gesamtinteressen der Arbeiterschaft“ zu vertreten. Dieser Standpunkt ist absolut richtig. Kein Gewerkschafter kann eine andere Meinung von den Aufgaben der Gewerkschaften haben; denn nur dadurch, daß die Gewerkschaften tatsächlich als die Vertreter der Gesamtheit der Arbeiterklasse, gegenüber der Kapitalistenklasse auftreten, erbringen sie auch den noch den Gewerkschaften fernstehenden Schichten der Arbeiterschaft den Nachweis für ihre Notwendigkeit und damit allein läßt sich eine Verbreiterung ihres Einflusses und ihrer organisatorischen Basis in der Arbeiterschaft erreichen.

So selbstverständlich dieser Standpunkt erscheint, so zeigt doch die Praxis der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie eine wesentlich andere Orientierung. Bei der Behandlung des gegenwärtig brennendsten Problems für die deutschen Gewerkschaften: der Arbeitslosigkeit erklären die Reformisten, die Gewerkschaften und ihre Organe seien nur für die Wahrnehmung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder da.

Die in Aussicht stehende Wirtschaftsentwicklung in Verbindung mit den Absichten der Unternehmer zeigt, daß die heutige Erwerbslosigkeit nicht vorübergehend ist. Die Unternehmerorgane sprechen ganz offen davon, daß in Deutschland die Arbeitslosigkeit eine ähnliche Dauererscheinung wird, wie in England, und auch die „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 51 erklärt in ihrem Leitartikel ebenfalls, die „Erwerbslosigkeit wird zum Dauerzustand“. Die Absichten der Unternehmer laufen ganz offen darauf hinaus, eine dauernde Reservearmee von Arbeitslosen zu schaffen, mit der die Bourgeoisie in der Lage ist, eine dauernde Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden herbeizuführen. Außerdem zeigen die Tatsachen der letzten Wochen, daß die Unternehmer ohne Sentimentalität und ohne auf das gute Zureden der Gewerkschaftsführer zu hören, die Krise rücksichtslos zu Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Einschränkung der Rechte der Betriebsräte, rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft ausnützen. Diese Praxis der Unternehmer, die sich in jeder Krise zeigt, wird ebenso wie die Arbeitslosigkeit in der Zukunft Dauerzustand sein.

Was ergibt sich daraus? Die Notwendigkeit der engsten Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeitslosen, die Schaffung einer organisierten Erwerbslosenbewegung durch die Gewerkschaften, um die Pläne der Unternehmer, die Arbeitslosen als Lohndrücker gegen die Arbeitenden auszuspielen, zu durchbringen, und zum andern, um mit Hilfe einer organisierten Bewegung auf einen verstärkten Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen zu führen.

Dabei muß man noch folgendes bedenken: Der in Arbeit stehende hat im Betrieb bei Konflikten mit dem Unternehmer den gewerkschaftlichen Vertrauensmann und den Betriebsrat zu seiner Interessenvertretung. Bei schärferen Konflikten steht ihm außerdem noch die solidarische Aktion seiner Arbeitskollegen zur Verfügung. Der Arbeitslose jedoch ist der Willkür der bürokratischen Organe der Erwerbslosenfürsorge, der Arbeitsämter usw. völlig hilflos ausgeliefert. Die rigorose Anwendung der reaktionären Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge, die aus der Zeit des Ermächtigungsgesetzes stammen, entzieht vielen Erwerbslosen jede Unterstützung. Die Bestimmungen über Pflichtarbeit zwingen andererseits die Erwerbslosen als Lohndrücker aufzutreten. In all diesen Konflikten, die sich daraus zwischen den Erwerbslosen und den bürokratischen Organen der Erwerbslosenfürsorge ergeben, haben die Erwerbslosen keinerlei Unterstützung, keinerlei Interessenvertretung. Hier zeigt sich auch von dieser Seite her die unbedingte Notwendigkeit, den Erwerbslosen eine gewerkschaftliche Vertretung zu schaffen, bei der sie Schutz und Hilfe finden können. Diese Vertreter müssen die Gewerkschaften stellen.

Aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen müssen Erwerbslosenträte unter Leitung und auf die Initiative der Gewerkschaften gewählt werden, die als die Vertrauensleute der Arbeitslosen wirken. Durch deren energisches Eintreten für die Interessen der Arbeitslosen, in Unterstützungsfällen, in Fragen der Arbeitsvermittlung, und vor allem im Kampf gegen Staat und Kommuna, werden die Arbeitslosen, auch die Unorganisierten, Vertrauen zu den Gewerkschaften gewinnen und alle nur zu leicht auftauchenden gewerkschaftsfeindlichen Stimmen ablehnen.

Selbstverständlich dürfen sich die Gewerkschaften nicht allein auf die Schaffung von gewerkschaftlichen Erwerbslosenträten beschränken. Unter Einsatz ihrer gesamten Kraft und durch Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft, der Arbeitenden wie der Arbeitslosen müssen sie gegen die Betriebsstilllegungen, gegen weitere Waffenenntlassungen, für die Verstaatlichung und Zwangsregelung der Produktion und ihre Kontrolle durch die Gewerkschaften und Betriebsräte kämpfen. Ebenso notwendig und in Verbindung damit ist der Kampf um die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und um die Beschaffung von Arbeit. Dieser politische Kampf um die Sicherung der Arbeiterexistenz gegen eine kapitalistische Lösung der Krise auf Kosten der Arbeiter muß mit den organisatorischen Maßnahmen für die Verbindung der Erwerbslosen mit den Gewerkschaften verbunden werden.

Die Gewerkschaftsbürokratie aber lehnt es ab einen solchen Kampf in der Richtung einer sozialistischen Lösung der Krise und Sicherung der Arbeiterexistenz zu führen, und ebenso die Wahl von Erwerbslosenträten zu organisieren, und die Erwerbslosenträte als Gewerkschaftsunterschiede anzuerkennen. Die Gewerkschaftsbürokratie erklärt, daß die Gewerkschaften mit den unorganisierten Erwerbslosen absolut nichts zu tun hätten und daß im übrigen die vorhandenen gewerkschaftlichen Organe für die Interessenvertretung auch der arbeitslosen Mitglieder völlig ausreichen.

Dieses vollkommene Versagen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie muß einmal von den schädlichen Folgen für die Gesamtheit der Arbeiterschaft, und ebenso und noch schlimmer für die gewerkschaftlichen Organisationen sein, wenn es nicht gelingt, von unten her aus der Mitgliedschaft selbst die Bürokratie zu zwingen, den Kampf entschieden aufzunehmen.

Sonst ergeben sich als Resultat neue Enttäuschungen der Arbeiterschaft an den Gewerkschaften, damit verbunden, unaussprechlich eine neue Massenflucht der Arbeiterschaft aus den Verbänden, neue Desorganisation und Zerrüttung der Kräfte des Proletariats.

Die schwersten Gefahren, die sich zeigen, müssen die Opposition in den Gewerkschaften und vor allem die Kommunisten verpflichten, mit größter Aktivität und jähester Energie der Sabotage der Bürokratie entgegenzuwirken. In allen Betrieben, auf allen Nachweisen muß die engste Verbindung der organisierten Arbeiter mit den unorganisierten Arbeitern stattfinden. In jeder Gewerkschaftsversammlung, aus jedem Betrieb heraus muß der Kampf organisiert und die Schaffung von freigewerkschaftlichen Erwerbslosenträten gefordert werden. Mit ihnen müssen die Gewerkschaften eine organisierte Erwerbslosenbewegung schaffen, und in völliger Einigkeit mit der Arbeiterschaft in den Betrieben ist der Kampf gegen die Gefahren der Wirtschaftskrise, gegen die Versuche der Bourgeoisie zu führen, die Krise auf Kosten der Arbeiterschaft zu überwinden.

Ein Beispiel für eine gut organisierte, in enger Verbindung mit den Gewerkschaften arbeitende Erwerbslosenbewegung liefert England. Die Organe der Erwerbslosenbewegung sind von den Gewerkschaften anerkannt, arbeiten in den Gewerkschaftsartikeln gleichberechtigt mit und garantieren eine völlige Einheitslichkeit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Das Resultat ist, daß trotz jahrelang anhaltender Millionenarbeitslosigkeit keine Schwächung der Gewerkschaften eingetreten ist, sondern im Gegenteil in der letzten Zeit noch eine wesentliche Festigung. Bei uns in Deutschland machen sich aber heute wiederum starke antigewerkschaftliche Tendenzen bemerkbar, und wenn die Gewerkschaften nicht ihre ganze Kraft zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für eine Erleichterung der Lage der Erwerbslosen einsetzen, dann ist auch eine neue Austrittsbewegung unausbleiblich.

Die Opposition muß darum alle ihre Kräfte einsetzen, um die Gewerkschaften aus ihrer Passivität herauszureißen und innerhalb der Gewerkschaften den Kampf gegen die sabotierende Bürokratie organisieren, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor neuem schweren Schaden zu bewahren.